

(Ent-)Privatisierung und Kollektiveigentum

Von der Einführung der Verteilungsfrage zu einer neuen Politik des Öffentlichen

Silke van Dyk

Mit der Pandemie, dem Krieg in der Ukraine, den weltweiten Dürren und Überschwemmungen, der Explosion der Energiepreise und einer Inflation, die viele Menschen in Existenznot bringt, hat eine solche Verdichtung und Beschleunigung von Krisendynamiken (auch) in Ländern des globalen Nordens stattgefunden, dass die um Begriffe selten verlegenen Gesellschaftswissenschaften Schwierigkeiten haben, Steigerungsformen für die schon lange diagnostizierte multiple Krise oder Vielfachkrise zu finden. Soziale Infrastrukturen – vom Gesundheits- und Pflegebereich über das Bildungssystem bis hin zur Energieversorgung – erhalten neue oder, im letzteren Fall, kaum gekannte Aufmerksamkeit. In der Krisenbewältigung ist der Staat derzeit gefragt wie nie: von den Corona-Hilfen über die Entlastungspakete und Gas- wie Stromdeckel bis hin zur staatlichen ‚Rettung‘ angeschlagener Konzerne. Der angesichts dessen mit zunehmender Lautstärke erschallende Ruf vom Ende des Neoliberalismus lenkt zu Recht die Aufmerksamkeit auf dessen Hegemoniekrise, verdeckt aber zugleich, dass staatliche Interventionen in Not- und Kriegszeiten eher die Regel als die Ausnahme sind, und dass grundlegende Muster der Verteilungs-, Eigentums- und Infrastrukturpolitik von den aktuellen ökonomischen und politischen Turbulenzen bislang unberührt bleiben. Weder haben die angesichts dramatisch steigender Preise viel diskutierten Belastungen für private und öffentliche Haushalte dazu geführt, die immense Vermögenskonzentration zum Thema zu machen, noch ist nach dem zynischen Applaus für Pflegekräfte in der Pandemie und den eklatanten Mängeln im Bildungssystem eine Neuausrichtung der Gesundheits- und Bildungsinfrastruktur zu erkennen. Die gesetzlich verankerte Schuldenbremse – die eine zentrale Finanzierungsquelle staatlicher Politik dem demokratischen Prozess entzieht – wird ausgesetzt, aber nicht grundsätzlich in Frage gestellt; und darüber, wie sinnvoll es ist, Investitionen in lebensnotwendige, teilhabesichernde und nachhaltige Infrastrukturen als Schulden zu verbuchen und als Last für zukünftige Generationen zu de-legitimieren, wird erst gar nicht diskutiert.

In Zeiten, da in alle Himmelsrichtungen verteilt wird, ohne die Ursachen fortschreitender Vermögenskonzentration, zunehmender Ungleichheit und öffentlicher wie privater Armut zum Gegenstand der Politik zu machen, ist es dringend geboten, die dem zugrundeliegenden Verteilungs- und Eigentumsverhältnisse genauer in den Blick zu nehmen. Tatsächlich erleben wir seit geraumer Zeit eine doppelte Radikalisierung des Privateigentums: zum einen seinen Bedeutungsgewinn angesichts der Privatisierung und Ökonomisierung öffentlicher Güter (z.B. in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Wohnen, Transport, Kultur) bei gleichzeitig steigenden Bedarfen und der Deregulierung sozialer Rechte, zum anderen seine zunehmende Konzentration in den Händen einer Minderheit. Mit dieser Doppelbewegung ist nicht nur die Frage nach der Verteilung des Eigentums aufgerufen, sondern auch die nach tragfähigen, sozialen Infrastrukturen

und funktionalen Äquivalenten bzw. Alternativen zum privaten Eigentum – zumal in Zeiten sich verschärfender multipler Krisen.

Vor diesem Hintergrund diagnostiziere ich eine vierfache Engführung der Verteilungsfrage, die nicht nur den politischen Diskurs und die politische Praxis in Deutschland, Österreich und vielen anderen europäischen Ländern dominiert, sondern auch eine gewisse Spiegelung in der medialen und wissenschaftlichen Bearbeitung erfährt – Ausnahmen bestätigen wie immer die Regel: Es geht erstens um die De-Thematisierung der Vermögensverhältnisse im politischen Diskurs; zweitens um den Fokus auf Lohn(er)satz)einkommen zulasten von öffentlichen Infrastrukturen und ihren Auswirkungen auf das verfügbare Einkommen; drittens um die erfolgreiche Tabuisierung der alltäglichen Umverteilung von unten nach oben sowie viertens um die Entkopplung der Verteilungsfrage von der Frage der Gestaltungs- und Verfügungsmacht. In allen Fällen werden im Folgenden auch Alternativen und Gegenbewegungen zur Sprache kommen, eingebettet in die zentrale These, dass eine Sensibilisierung für Eigentumsfragen über die vierfache Engführung der Verteilungsfrage hinausführt: 1. durch Strategien der De-Konzentration von Privateigentum; 2. durch den Ausbau und die Verankerung öffentlicher Infrastrukturen als Kollektiveigentum; 3. durch das Sichtbarmachen des kollektiven Anteils der Anteillosen am Privateigentum sowie 4. durch die Stärkung der Verfügungs- und Gestaltungsmacht der (Sozialstaats-)Bürger*innen und Beschäftigten.

Die Engführung der Verteilungsfrage I: Die Vernachlässigung der Vermögensfrage

Verteilungsfragen werden in Deutschland und Österreich – politisch wie medial – hauptsächlich hinsichtlich der Einkommen diskutiert. Geht es um Reichtum stehen eher einzelne Superreiche im Zentrum der Aufmerksamkeit, nicht aber die Vermögensverteilung in ihrer Breite. Nicht selten wird in der öffentlichen Debatte der Gini-Index der verfügbaren Einkommen, der sich in Deutschland mit 0,31 im hinteren und in Österreich mit 0,27 im vorderen europäischen Mittelfeld bewegt,¹ als Maß sozialer Ungleichheit angegeben, allerdings ohne den erklärenden Zusatz, dass hier die Verteilung der Einkommen angezeigt wird. Ein Blick auf die Vermögensverteilung bietet aber ein gänzlich anderes Bild, ist diese doch, wie in allen Ländern der EU, erheblich ungleicher als die Einkommensverteilung. Und hier bewegt sich Deutschland mit einem Wert von ca. 0,74 nicht im Mittelfeld, sondern weist mit Österreich (0,73) die höchste Vermögenskonzentration innerhalb der EU auf.² Dass sich das gesamte private Nettovermögen in Deutschland seit der Jahrtausendwende fast verdoppelt hat, wirkt sich deshalb sehr unterschiedlich aus: Die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung verfügen inzwischen über 65 Prozent, das wohlhabendste eine Prozent über mehr als ein Drittel des Gesamtvermögens, während die ärmere Hälfte der Bevölkerung gut wie nichts besitzt oder sogar Schulden hat. Analysen des *Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung* (DIW) haben gezeigt, dass moderatere Daten aus früheren Jahren auf eine systematische empirische Untererfassung der Superreichen zurückzuführen war (Schröder et al. 2020); ähnliche Probleme von Surveydaten zur Vermögensverteilung sind auch für andere Länder nachgewiesen (z.B. Vermeulen 2018). Vor diesem Hintergrund überrascht es

nicht, dass Vermögensungleichheit auch in der Bevölkerung systematisch unterschätzt wird (vgl. für Österreich z.B. Fessler/Schürz 2016).

Es war Thomas Piketty (2014), der in seinem Weltbestseller „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ anhand umfangreicher Daten – im historischen wie im Ländervergleich – nachweist, dass die zunehmende Vermögenskonzentration System hat: Mit der populär gewordenen Formel $r > g$, die selbst auf T-Shirts zu lesen war, zeigt er auf, dass die Rendite auf Kapital (r) im historischen Durchschnitt – von Ausnahmephasen abgesehen – größer war als das Wirtschaftswachstum (g). Damit fordert er das Versprechen der liberalen Leistungsgesellschaft, harte Arbeit könne den Wohlstand mehren, empirisch fundiert heraus: mit Kapital war und ist im Regelfall deutlich mehr Geld zu verdienen als mit Arbeit. Trotz der immensen, auch außer-wissenschaftlichen Popularität dieser Diagnose, bleibt die Vermögensfrage ein Nischenthema. Im letzten Bundestagswahlkampf 2021 spielte in Deutschland die Erbschaftssteuer beispielsweise gar keine Rolle³ und die Vorschläge zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer von SPD, Grünen und Linkspartei fielen so moderat aus, dass selbst der weitgehendste Vorschlag der Linken mit einem Schonvermögen von einer Millionen Euro und einem Einkommenssteuersatz von einem Prozent voraussichtlich gerade mal das reichste eine Prozent der Bevölkerung betroffen hätte⁴ – in Zeiten, da zehn Prozent der Bevölkerung Zweidrittel der Vermögenswerte halten.

Zu konstatieren ist eine gewisse Eigentumsvergessenheit, die nicht nur im politischen Betrieb zu beobachten ist, sondern auch Medien und Wissenschaft lange geprägt hat und auf den historischen Klassenkompromiss zurückgeht:⁵ Der ‚Kompromiss‘, die soziale Lage der Arbeiter*innen zu verbessern, ohne die Eigentumsverhältnisse in Frage zu stellen, ist wesentlich dafür verantwortlich, dass die Verteilungs- die Eigentumsfrage verdrängt hat. Die Idee einer „distributional justice“ (Cumbers 2012: 146) in der prosperierenden Wachstumsgesellschaft, die soziale Konflikte durch die Verteilung von Überschüssen befriedete, trat an die Stelle der weitergehenden „class justice“ (ebd.), die nicht nur die Frage nach dem Eigentum an Produktionsmitteln aufwirft, sondern auch die der Verfügungsmacht im Sinne der Partizipation an Entscheidungen, die das Leben der Menschen prägen. Obwohl der politische Klassenkompromiss seit den 1980er Jahren (in länderspezifisch unterschiedlich radikaler Weise) durch eine Politik der Deregulierung, Vermarktlichung und Privatisierung ‚von oben‘ aufgebrochen wurde, hielt die De-Thematisierung von Eigentumsverhältnissen lange Zeit an: die Aufkündigung des Kompromisses ‚von unten‘ blieb gewissermaßen aus. Während in anderen Feldern, wie im Folgenden zu sehen sein wird, etwas Bewegung in die Eigentumsfrage gekommen ist, bleiben die Privatvermögen auch unter den derzeitigen Krisenbedingungen weitgehend sakrosankt.

Im Gegensatz zum Bedingungslosen Grundeinkommen, das gesellschaftlich breit und kontrovers debattiert wird (Kovce/Priddat 2020), sind Alternativen, die die Vermögensfrage betreffen, kaum in der Diskussion. Von einem ‚Grunderbe‘ ist nur selten zu hören, obwohl hier ein Ankerpunkt für eine Re-Politisierung der Eigentumsfrage liegen könnte (vgl. für Deutschland z.B. Bach 2021). Einen konzeptuellen Ansatzpunkt bietet die Idee einer „allgemeinen Kapitalausstattung“, die Thomas Piketty als eine Säule des von ihm so benannten partizipativen Sozialismus unterbreitet hat und die darauf zielt, das vorhandene Privatvermögen substanziell umzuverteilen. Alle Bürger*innen erhalten, so der Vorschlag, zu ihrem 25. Geburtstag (oder einem alternativ festzu-

legenden Zeitpunkt) einen Beitrag ausgezahlt, der der Hälfte des individuellen Durchschnittsvermögens entspricht: „Dafür werden wir auch den Begriff des permanenten Privateigentums durch den eines Eigentums auf Zeit ersetzen müssen, das eine stark progressive Besteuerung großer Vermögen erfordert, um eine allgemeine Kapitalausstattung zu finanzieren und derart eine beständige Zirkulation der Güter und Reichtümer zu verbürgen“ (Piketty 2020: 113). Diese Idee zielt also nicht nur darauf, die Vermögenswerte umzuverteilen, sondern auch das Konzept des Eigentums selbst zu verändern.

Die Engführung der Verteilungsfrage II: Lohn(ersatz)einkommen vor tatsächlich verfügbarem Einkommen

Zwar dominiert die Einkommensungleichheit die Verteilungsfrage, doch auch hier bleibt Wesentliches ausgeblendet: Wenn, wie üblich, Erwerbs- bzw. Lohnersatzeinkommen im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen, ist noch nichts darüber gesagt, welche Kosten vom Netto-Einkommen eines Haushalts gedeckt werden müssen. Diese Engführung ist in der jüngeren Vergangenheit vor allem im Blick auf die steigenden Mieten und das Wohnen als neuer sozialer Frage thematisiert worden,⁶ zeigt sich doch seit einigen Jahren, dass ein wachsender Anteil von Haushalten mehr als ein Drittel des Monatseinkommens allein für Wohnkosten ausgibt (z.B. Holm et al. 2017). Doch nicht nur die Wohnkosten beeinflussen das tatsächlich verfügbare Haushaltseinkommen nach der Finanzierung lebensnotwendiger und teilhabesichernder Ausgaben, das in jüngeren Debatten auch als Residualeinkommen bezeichnet worden ist (z.B. Calafati et al. 2021): Dieses hängt wesentlich davon ab, welche Bereiche der sozialen Daseinsvorsorge und Infrastruktur öffentlich organisiert und kostenfrei oder kostengünstig zur Verfügung gestellt werden, welche Ausgaben also privat bestritten werden müssen – v.a. in den Bereichen Gesundheit und Pflege, Bildung und Kultur, Mobilität und Kommunikation.⁷ Das Angebot öffentlicher Dienstleistungen und Infrastrukturen hat deshalb unmittelbare Auswirkungen auf die faktische Einkommenssituation und -ungleichheit: „On average, in OECD countries, existing public services are worth the equivalent of a huge 76 per cent of the post-tax income of the poorest group compared with just 14 per cent of the richest. Public services reduce income inequality in OECD countries by an average of 20 per cent.“ (Gough 2019: 6)⁸

Der öffentliche Sektor ist in den genannten Bereichen seit den 1980er Jahren Gegenstand umfassender Re-Strukturierungen gewesen, die als Privatisierung, Kommodifizierung und Finanzialisierung analysiert worden sind. Diese Re-Strukturierungen waren mit einer faktischen Leistungseinschränkung für viele Menschen verbunden, die für einkommensschwächere Haushalte überproportional in der Absenkung der Residualeinkommen zum Tragen kam.⁹ Während Privatisierung und Vermarktlichung im Lichte neoliberaler Hegemonie bis in die 2000er Jahre als effizienzsteigernde Ultima Ratio galten, mehrten sich seit den 2010er Jahren, verstärkt durch die globale Finanz- und Wirtschaftskrise, „Gegenbewegungen für eine Rückkehr des Öffentlichen“ (Prausmüller 2021: 71). Insbesondere in den Bereichen der Energie- und Wasserversorgung sind im globalen Maßstab Prozesse der (Re-)Kommunalisierung zu beobachten (z.B. Kishimo-

to et al. 2020). In diskursiver Hinsicht gewinnen neben dem breit diskutierten Bedingungslosen Grundeinkommen (*Universal Basic Income*) Debatten um *Universal Basic Services* an Fahrt, die kostenfrei (oder kostengünstig) für alle Bürger*innen zugänglich sein sollen: „Services mean collectively generated activities that serve the public interest; basic means essential and sufficient rather than minimal, enabling people to flourish and participate in society; and universal means that everyone is entitled to services that meet their needs, regardless of ability to pay.“ (Gough 2019: 1) Existierende Beispiele sind – bei allen Mängeln – das britische Gesundheitssystem sowie öffentliche Bildungseinrichtungen; tatsächlich zielt die Reichweite von UBS aber deutlich darüber hinaus, wenn auch Wohnraum, Transport und Informationen als Leistungsbereiche genannt werden.

Das *Foundational Economy Collective* (2019) wiederum hat kürzlich ein Konzept der Fundamentalökonomie vorgeschlagen, das auf eine Neubestimmung von Infrastrukturen und fundamentalen Gütern zielt, die über jene Bereiche des öffentlichen Sektors hinausgehen, die in den Nachkriegsjahrzehnten in vielen Ländern des globalen Nordens etabliert wurden: Neben der „providenziellen“ Fundamentalökonomie, die v.a. soziale Dienstleistungen in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Kultur, Pflege und Kinderbetreuung umfasst, geht es um die „materielle“ Fundamentalökonomie, die die Versorgung mit Transportmöglichkeiten, (Ab-)Wasser, Energie, Bankdienstleistungen und Nahrungsmitteln ermöglicht (siehe auch Kurswechsel-Heft 4/2021). Insbesondere die zuletzt genannten Bereiche sind bis heute fast ausschließlich privatwirtschaftlich organisiert. Die Idee der *Foundational Economy* zielt darauf, auch sie konsequent in den Dienst eines öffentlichen Interesses zu stellen und entsprechend zu regulieren, womit eine neue Perspektive auf das Öffentliche entwickelt wird: Nicht mehr die formale Eigentümerschaft entscheidet darüber, ob etwas privat oder öffentlich ist, sondern die Funktion im sozialen Gefüge: „Wenn Unternehmen für das gesellschaftliche Wohlergehen grundlegende Dienste erbringen, sollten sie ungeachtet dessen, wer ihre Eigentümer sind, wie Bestandteile der öffentlichen Sphäre behandelt werden.“ (Foundational Economy Collective 2019: 170) Während in den vergangenen Jahrzehnten das staatliche Terrain sukzessive vermarktet und finanzialisiert wurde, zielt dieser Vorschlag in die genau entgegengesetzte Richtung der Regulierung des Privatwirtschaftlichen als funktional Öffentliches.

Ein in diesem Sinne neu gefasstes Öffentliches hat nicht nur große Auswirkungen auf das tatsächlich verfügbare Einkommen von privaten Haushalten, sondern zudem – wie dargelegt – eine substanziell umverteilende Wirkung. Öffentliche Daseinsvorsorge und Infrastrukturen sind ein wichtiges funktionales Äquivalent zum Privateigentum, das den Zugang zu lebensnotwendigen und teilhabesichernden Leistungen auch für all diejenigen sichert, die nicht über die Mittel verfügen, diese am Markt zu kaufen. Der französische Soziologe Robert Castel (2008: 272) spricht diesbezüglich vom „Kollektiveigentum“ der Sozialstaatsbürger*innen, auch wenn er selbst seine Bedeutung neben den individuellen Transfer- und Sozialversicherungssystemen unterschätzt. Über öffentliche Infrastrukturen in der Terminologie des Kollektiveigentums nachzudenken sensibilisiert, wie in den folgenden beiden Abschnitten zu zeigen sein wird, sowohl für den genuin kollektiven Charakter von gesellschaftlichem Wohlstand als auch für die mit Eigentum verbundene Fragen der Verfügungs- und Gestaltungsmacht.

Das transformative Potenzial von öffentlichen Diensten und Infrastrukturen geht aber noch über die umverteilende sowie Sicherheit und Teilhabe stiftende Wirkung hinaus, wird hier doch die strukturelle Hierarchie des Kapitalismus zulasten der Profitlogik und zugunsten von Sorge, Bedarf und Gebrauchswert grundsätzlich umgekehrt. Öffentliche Infrastrukturen sind die institutionalisierte Anerkennung der Nicht-Nachhaltigkeit des kapitalistischen Systems, das für seine Reproduktion auf Ressourcen und Regulierung angewiesen ist, die es entlang der Logik des Profits nicht selbst zu erzeugen vermag. Nicht zuletzt wirft die hier skizzierte Neuverhandlung des Öffentlichen natürlich die Frage der Finanzierung auf und lenkt den Blick auf deren Entpolitisierung und Entdemokratisierung: Mit der Schuldenbremse wird die genuin politische Frage der Staatsverschuldung gegenüber „massendemokratische[n] Interventionen“ (Streeck 2012: 64) geschützt, während zugleich die substanzielle steuerliche Belastung privater Vermögen zur Finanzierung sozialer und nachhaltiger Infrastrukturen weitgehend Tabu ist.¹⁰ Hier zeigt sich, wie eng die ersten beiden Engführungen der Verteilungsfrage miteinander verschränkt sind, denn nur wer vom großen privaten Reichtum nichts wissen will, kann die öffentliche Armut mit den sprichwörtlich knappen Kassen als Sachzwang entpolitisieren.

Die Engführung der Verteilungsfrage III: Die Umverteilung von unten nach oben und die Verschleierung der alltäglichen Enteignung

Wenn über Umverteilung als politische Maßnahme diskutiert wird, geht es in der Regel um die Umverteilung zugunsten ökonomisch weniger Privilegierter. Dem korrespondiert jedoch eine politisch orchestrierte Umverteilung in die entgegengesetzte Richtung, die im Neoliberalismus rechtlich und steuerpolitisch abgesichert worden ist. Es ist auch die falsche Lesart neoliberaler Politik als anti-staatlich und vorrangig deregulierend, die zu dieser Fokusverengung beiträgt. So betont der französische Philosoph Grégoire Chamayou in seiner Genealogie des autoritären Liberalismus treffend: „Eine geringe gesetzliche Verpflichtung (für die einen) drückt sich in einem stärkeren Zwang (für die anderen) aus. Somit muss man sich stets fragen, für wen das Soft Law ‚soft‘ ist. Ein ‚softes‘ Arbeitsrecht bedeutet knallharte Ausbeutung.“ (Chamayou 2019: 213)

Die alltägliche Umverteilung von unten nach oben vollzieht sich neben dem Abbau von Arbeits- und Sozialrechten durch gezielte Steuersenkungen für Unternehmen und Besserverdienende sowie Subventionen, die diese privilegieren (Stichwort: Dienstwagenprivileg), aber auch durch Steuerentlastungen, die – wie die Erhöhung des Grundfreibetrags – allen zugutekommen, überproportional aber ebenfalls in den höheren Klassenlagen entlasten. Auch Privatverschuldung in Form teurer Konsumkredite trägt zu dieser Dynamik bei, ebenso wie die Privatisierung des Öffentlichen mit ihren bereits dargelegten Effekten für einkommensschwächere Haushalte. Und last but not least finden wir diese Dynamik sogar in den sozialen Sicherungssystemen wider: Dass die Sozialversicherungen darauf angelegt sind, Sicherheit zu stiften statt substanziell zugunsten der Einkommensschwächeren umzuverteilen, ist breit analysiert worden; nicht aber die de facto existierende, weitreichende Umverteilung in die andere Richtung.

Insbesondere die fehlende Übertrag- bzw. Vererbbarkeit der Rentenversicherungsansprüche bedingt aber eine bis heute kaum diskutierte soziale Schieflage: Aufgrund der erheblichen klassenspezifischen Lebenserwartung (Lampert et al. 2019) findet eine fundamentale Umverteilung von unten nach oben statt, da die im Durchschnitt mehrere Jahre früher versterbenden Armen und Ressourcenschwachen mit ihren Beiträgen die Renten der langlebenden Privilegierten finanzieren. Obwohl Rentenanwartschaften in der gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts Eigentumsansprüche sind (z.B. Sonnevend 2008), sucht man vergeblich nach einer Skandalisierung dieser Form der Enteignung. David Harvey analysiert die hier beschriebenen, wohlfahrtsstaatlichen Dynamiken als fortgesetzte „Akkumulation durch Enteignung“ (Harvey 2005: 136) in den Ländern des globalen Nordens, die mit der Einhegung und In-Wert-Setzung von Commons und nicht proprietären Ressourcen einhergeht, die sich – schwerpunktmäßig – in den Ländern des globalen Südens vollzieht.

Feministische Wissenschaftler:innen haben zudem schon vor geraumer Zeit darauf hingewiesen, dass die Ausbeutung von Lohnarbeit ‚nur‘ die Spitze des Eisbergs der alltäglichen Enteignung darstellt, die unter der Wasseroberfläche auf einem breiten Sockel unbezahlter bzw. informeller Arbeit aufruht (vgl. z.B. Mies 2009: 275). Neben der Haus- und Sorgearbeit im Privathaushalt sowie der Subsistenzarbeit ist dies ein breites Spektrum nicht regulär entlohnter Tätigkeiten, die wesentlich für die soziale Reproduktion von Arbeit und Leben sind: vom zivilgesellschaftlichen Engagement und Freiwilligenarbeit über Nachbarschaftshilfe bis hin zu den rasant an Bedeutung gewinnenden, wertstiftenden Aktivitäten von User:innen und Konsument:innen und der alltäglich geleisteten Mehrarbeit in der Erwerbsarbeit (van Dyk/Haubner 2021: 41ff.). Eine solche Sichtbarmachung der heterogenen, nicht entschädigten und oft übersehenen, kollektiven Beiträge zu dem, was im Kapitalismus privatwirtschaftlich angeeignet wird, re-justiert bzw. erweitert die normative Begründung einer Politik der Umverteilung ‚von oben nach unten‘: Nimmt man diese Perspektive ernst, geht es eben nicht mehr ausschließlich um eine (institutionalisierte) Solidaritätsverpflichtung der ‚Starken‘ gegenüber den ‚Schwachen‘, sondern um den gerechten Anteil der Vielen – und damit um eine Wiederaneignung.

Tatsächlich treffen sich an diesem Punkt derzeit unterschiedliche Debattenstränge: Mit Blick auf Innovationen in der Wissensökonomie problematisiert beispielsweise die Ökonomin Mariana Mazzucato (2019: 251ff.) die Sozialisierung der Risiken der Innovationswirtschaft bei gleichzeitiger Privatisierung der Gewinne als Wertabschöpfung. Diese Privatisierung werde weder den erheblichen öffentlichen Investitionen in diese Prozesse noch der Bedeutung von kollektiven Infrastrukturen und den Beiträgen der vielen Prozessbeteiligten gerecht: „Diese Kluft zwischen der kollektiven Verteilung der Risikopräzession bei der Innovation und der individualisierten, privatisierten Art der Aufteilung ihrer Früchte ist die jüngste Ausprägung der Rente.“ (ebd.: 289) Auch Thomas Piketty hat in seiner Untersuchung der Ideologie des Proprietarismus den unsichtbar gemachten und nicht entschädigten kollektiven Anteil am privaten Eigentum hervorgehoben: „Die Idee, es gebe strikt privates Eigentum und weiterhin Formen eines naturwüchsigen und unverbrüchlichen Anrechts bestimmter Personen auf bestimmte Güter, hält keiner Analyse stand. Akkumulation von Gütern ist stets Frucht eines sozialen Prozesses. Sie zehrt insbesondere von öffentlichen Infrastrukturen [...], von sozialer

Arbeitsteilung und von Erkenntnissen, die von der Menschheit in Jahrhunderten gesammelt wurden.“ (Piketty 2020: 119)

Feministische und ausbeutungstheoretische Analysen zur konstitutiven Externalisierung der Kosten der sozialen Reproduktion zielen damit ebenso wie Mazzucatos Fokus auf die Wertabschöpfung in der Wissensökonomie und Pikettys Überlegungen zur ideologischen Absicherung des Privateigentums auf einen gemeinsamen Punkt: die Enteignung der Vielen durch die Privatisierung ihres kollektiven Anteils in den Händen Weniger. Historisch spielt diese Perspektive nicht nur bei Marx, sondern auch in der Tradition des in Frankreich einflussreichen Solidarismus eine zentrale Rolle, der Ende des 19. Jahrhunderts nach einem Mittelweg zwischen marktliberalen und sozialistisch-revolutionären Positionen suchte (Kohn 2016). Alfred Fouillée prägte 1884 den Begriff des Sozialeigentums, um zu unterstreichen, dass dieses auf den Beitrag zahlreicher Menschen vieler Generationen zurückgeht. Es sei als Erbe aller Gesellschaftsmitglieder zu begreifen und könne zum Beispiel, so argumentierte Fouillée schon zu diesem frühen Zeitpunkt, zur Finanzierung eines universalen Versicherungssystems für alle Gesellschaftsmitglieder genutzt werden.

Aus heutiger Sicht zeigt dieser Fokus auf die Wiederaneignung des gerechten Anteils aber auch, dass und warum eine solche Perspektive nicht an den Grenzen nationaler Wohlfahrtsstaaten haltmachen kann, bleibt damit doch die globale Dimension der ‚Akkumulation durch Enteignung‘ unberücksichtigt (Lessenich 2016).

Die Engführung der Verteilungsfrage IV: Verteilung ohne Verfügung(smacht)

Die Engführung der Verteilungsfrage hat mit der De-Thematisierung der Vermögenskonzentration, der Ausblendung der Verteilungswirkungen von sozialen Infrastrukturen und der Ausblendung der politisch orchestrierten Umverteilung von unten nach oben aber nicht allein materielle Implikationen, sondern geht zudem und viertens mit einer fundamentalen demokratiepolitischen Frage einher: der Frage der Gestaltungs- und Verfügungsmacht im Sinne der Partizipation an Entscheidungen, die Arbeit und Leben der Menschen prägen. Wenn ich mich in diesem Beitrag auf eine Politik des (erweiterten) Öffentlichen konzentriere und bewusst Bereiche der privatwirtschaftlichen Produktion ausklammere, geht es dementsprechend um eine demokratische Politik des Öffentlichen als vergesellschafteter Politik, die den Staat als „tendenzielle[n] Monopolist[en] des Öffentlichen“ (Schultheiß 2012: 11) herausfordert.

Die politische Theoretikerin Danielle Allen spricht in diesem Zusammenhang von „ökonomische[r] Ermächtigung“ (Allen 2020: 28), die darauf zielt, die Reduzierung ökonomischer Gerechtigkeit auf (ex post) Verteilungsfragen zu überwinden. Sie argumentiert dafür, politische Gleichheit explizit (auch) als eine Frage der „Miteigentümerschaft an den politischen Institutionen“ (ebd.: 23) zu begreifen. Es geht um eine Politik wider die fundamentale Demokratie- (nicht Staats-)Skepsis des Neo- und Ordoliberalismus, die eine demokratische Kontrolle und Gestaltungsmacht von Nutzer*innen und Beschäftigten öffentlicher Infrastrukturen und Dienstleistungen institutionalisiert und dem Umstand Rechnung trägt, dass die Staaten des globalen Nordens in der Verteidi-

gung des Öffentlichen kläglich versagt haben. Denn öffentliches Eigentum legitimiert sich nicht, wie die Sozialrechtler und Sozialpolitikforscher Braun und Welti treffend formulieren „als Selbstzweck, sondern durch Partizipation an der Steuerung und universelle Teilhabe an Ergebnissen“ (Braun/Welti 2019: 41). Gesellschaftliche Infrastrukturen als kollektive Infrastrukturen werden auf diesem Weg zu Ankerpunkten demokratischer Planung, die auch der kollektiven Wertschöpfung Rechnung tragen und „ein hohes sozialistisches Potenzial“ (Brandt/Kremer 2019: 23) bergen. Im Sinne der hier in Rede stehenden Einheit von Nutzung, Verfügung und Gestaltung bieten sich zudem Anschlüsse an genossenschaftliche und commons-basierte Prinzipien an, die für eine „commonification of public services“ (Bauwens/Niaros 2017: 52) beispielgebend sein können (siehe Beitrag von Gisela Notz in dieser Ausgabe). Eine solche Politik der Vergesellschaftung durch das ‚*Insourcing*‘ von Zivilgesellschaft und Beschäftigten in Entscheidungs- und Planungsprozesse unterscheidet sich grundlegend von gegenwärtigen Dynamiken des „Community-Kapitalismus“ (van Dyk/Haubner 2021), die auf eine Verzivilgesellschaftlichung der sozialen Frage durch *Outsourcing* zentraler Aufgaben der Daseinsvorsorge an fürsorgliche Gemeinschaften hinauslaufen. Hier findet eine Externalisierung der Kosten der sozialen Reproduktion, statt, die das Begehren nach Gemeinschaft und Verbundenheit nutzt, ohne Gestaltungsräume und Partizipationsmöglichkeiten zu eröffnen: „The emergence of a new political economy of social value extraction and cost reduction is accompanied by a moral economy that utilizes the emotional ladenness of voluntarism and community – an emotional ladenness that veils the precarious and exploitative implications of this ‘solution.’“ (van Dyk 2018: 539)

In der konkreten Praxis ist aber auch eine Politik der Vergesellschaftung durch Öffnung der Gestaltungs- und Entscheidungsstrukturen alles andere als frei von Fallstricken: So sind gerade auf kommunaler Ebene Politiken der Bürger:innenbeteiligung zu beobachten, die auf den ersten Blick in die hier diskutierte Richtung zielen, sich bei genauerem Hinsehen aber als „Mitmachfalle“ (Wagner 2013) erweisen, da die Beteiligten über wesentliche Rahmenbedingungen nicht mitentscheiden können. Untersuchungen zu den skandinavischen Wohlfahrtsstaaten haben wiederum gezeigt, dass und wie Sozialstaatsbürger*innen durch neue Partizipationsformate im Prozess wohlfahrtsstaatlicher Transformation kooptiert und als Legitimationsressource für sozialpolitische Restrukturierungen und Einschnitte genutzt wurden (z.B. Eriksson 2018). Auch bei den in linken Kreisen derzeit viel diskutierten Public-Commons-Partnerships und der Förderung von urbanen Commons als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge, ist ein zweiter Blick darauf erforderlich, ob und wie Commons und Alternativökonomien als Entlastungsressource und/oder als Projekt der Demokratisierung begriffen werden (vgl. kritisch z.B. van Dyk/Haubner 2021: 134ff.; Bianchi 2020).

Nicht zuletzt wirft die Frage der Gestaltungs- und Verfügungsmacht die Frage nach der klassenspezifischen Selektivität politischer Partizipation auf. Da vielfach empirisch nachgewiesen ist, dass soziale Ungleichheit sich in allen – auch alternativen, basisdemokratischen – politischen Formaten in eine Ungleichheit der politischen Partizipation übersetzt (z.B. Schäfer/Schoen 2013), kann eine Politik der radikalen Demokratisierung nur verschränkt mit einer Politik der (größeren) materiellen Gleichheit erfolgreich sein, begleitet von einer Infrastrukturpolitik, die die Voraussetzungen für Partizipation und Teilhabe schafft, v.a. im Bildungssystem und mit der Entlastung von Sorge- und Betreuungsverantwortung. Auch „bezahlte Zeit für Arbeit am Gemeinwesen und der

Demokratie“ (Dörre 2021: 88) – zum Beispiel durch eine Kombination aus Arbeitszeitverkürzung und Aufwandsentschädigung – darf kein Tabu sein, wenn Partizipation nicht das Refugium Privilegierter bleiben soll.

Ausblick: Was nun?

Die systematische Entfaltung der Engführungen der Verteilungsfrage zeigt auch, wie eng diese jeweils miteinander verbunden sind bzw. aufeinander verweisen: Der private Reichtum bzw. seine Besteuerung würde eine wesentliche Finanzierungsquelle für eine das Kollektiveigentum stärkende Politik öffentlicher Infrastrukturen darstellen, während diese zugleich mit ausgeprägt umverteilender Wirkung zum Abbau der (Residual-) Einkommensungleichheit beitragen würde. Die Sichtbarmachung des enteigneten kollektiven Anteils am Privateigentum schafft wiederum eine neu akzentuierte normative Begründung für eine Politik der substanziellen Umverteilung von oben nach unten und sensibilisiert dafür, dass auch politisch orchestrierte Umverteilung oftmals in die entgegengesetzte Richtung steuert. Last but not least wirft die Perspektive auf die Verfügungs- und Gestaltungsmacht die Frage nach einer radikaldemokratischen Gestaltung des Öffentlichen auf, die als Vergesellschaftung von Sozialpolitik den kollektiven Anteil des Kollektiveigentums zur Geltung bringt.

Es ist eine gleichermaßen gute wie beunruhigende Nachricht, dass es an einschlägigen Daten zum Ausmaß der Vermögenskonzentration, der substanziellen Umverteilung von unten nach oben und den Auswirkungen der Privatisierung und Kommodifizierung sozialer Infrastrukturen auf die Verteilungsfrage ebenso wenig mangelt wie an konkreten Ideen für eine Politik der (größeren) Gleichheit und der Re-Justierung sozialer Infrastrukturen in den lebensnotwendigen und teilhabesichernden Bereichen der Daseinsvorsorge. Beunruhigend daran ist, dass es trotz dieser Datenlage und konkreten Reformvorschlägen, die einem Großteil der Bevölkerung zugutekäme, bislang nicht gelingt, gesellschaftliche Mehrheiten für einen radikalen Politikwechsel zu mobilisieren. Obwohl Umfragen in Deutschland, Österreich und anderen europäischen Ländern wiederholt ergeben, dass soziale Ungleichheit mehrheitlich problematisiert und ihre Zuspitzung besorgt beobachtet wird, gilt bis heute die von dem Historiker Pierre Rosanvallon pointiert formulierte Diagnose, dass „das diffuse Gefühl, dass die Ungleichheiten ‚zu groß‘, ja sogar ‚skandalös‘ seien, [...] mit einer unausgesprochenen Akzeptanz ihrer vielfältigen konkreten Ausdrucksformen einher[geht] sowie mit einem Widerstand, etwas gegen sie unternehmen zu wollen.“ (Rosanvallon 2013: 13) Tatsächlich zeige sich, dass die Idee von sozialer Ungleichheit als Voraussetzung für wirtschaftliche Prosperität ebenso tief verankert ist, wie die der Leistungsgerechtigkeit, mit der gerade Einkommensunterschiede legitimiert werden. Rosanvallon kommt angesichts dessen zu dem Schluss, dass die grundsätzliche Ablehnung großer sozialer Ungleichheit einhergeht „mit einer gewissen Akzeptanz der Mechanismen, die sie hervorbringen“ (ebd.: 14). An diesem Spannungsverhältnis hat eine kritische Wissenschaft anzusetzen, denn eine empirisch fundierte Darlegung des Problems, verbunden mit Vorschlägen für konkreten Lösungen, ist augenscheinlich nicht ausreichend, um die beschriebene Diskrepanz von Problematisierung und Passivität zu überwinden.

Im hier argumentierten Sinne ließe sich beispielsweise an der fest verankerten Leistungsorientierung ansetzen: Nicht, um sie in ihrer vorherrschenden, individualistischen Form zu affirmieren, sondern um für den gerechten Anteil der Anteillosen und ihren aktiven Beitrag am privat Angeeigneten zu sensibilisieren. Ebenso ließe sich die immense Vermögenskonzentration aus dieser Perspektive in den Fokus der öffentlichen Debatte rücken und aufzeigen, dass und warum diese Ungleichheit empirisch wenig mit Leistung zu tun hat. Auch die multiplen Krisendynamiken der Gegenwart bieten konkrete Ansatzpunkte, um die Einführung der Verteilungsfrage ins öffentliche Bewusstsein zu holen: Pandemie, Klimawandel, Mangel an bezahlbarem Wohnraum, Krieg und Inflation sensibilisieren auf ganz unterschiedlichen Ebenen für die fundamentale Infrastrukturbedürftigkeit der Gesellschaft – in der Gesundheits- und Pflegepolitik, in der Wohn- und Energiefrage, aber auch im Bildungsbereich. Das Beispiel des erfolgreichen Berliner Volksentscheids zur Kampagne „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ zeigt eindrücklich, dass es gelingen kann, Mehrheiten für einen radikalen, die Eigentumsverhältnisse herausfordernden Politikwechsel zu gewinnen.

So umfassend der Blick auf die vierfache Einführung der Verteilungsfrage einerseits ist, so groß ist aber auch die Leerstelle, die er andererseits lässt: Die Frage der globalen Verteilungsverhältnisse ist hiermit noch gar nicht angesprochen und verdient als fünfte Einführung einen eigenen Beitrag, wirft sie doch viel grundsätzlicher noch die Frage nach handelnden Akteuren und zuständigen Instanzen auf.

Anmerkungen

- 1 Vgl. die Daten der Eurostat-Datenbank, https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/ilc_dir2/default/table?lang=de.
- 2 Vgl. die Daten des Household Finance and Consumption Survey von 2017, https://www.ecb.europa.eu/stats/ecb_surveys/hfcs/html/index.en.html.
- 3 Tatsächlich gibt es Umfragen zufolge keine gesellschaftliche Mehrheit für eine Erhöhung der Erbschaftsteuer – selbst wenn sie nur eine wohlhabende Minderheit betreffen würde und heute nur jede 13. Erbschaft überhaupt steuerpflichtig ist. Vgl. z.B. Untersuchungen am Max-Planck-Institut für Steuerrecht und öffentliche Finanzen in München, <https://www.mpg.de/15904799/unterschaetzte-ungleichheit>.
- 4 Vgl. dazu Berechnungen des Deutschen Instituts der Wirtschaft (DIW) aus dem Jahr 2016: Bach/Thiemann 2016: 86.
- 5 Wissenschaftlich ist zuletzt und nicht nur durch die Arbeiten Thomas Pikettys allerdings deutliche Bewegung in diese Frage gekommen. Für den deutschen Kontext sind hier insbesondere die Forschung am Deutschen Institut der Wirtschaft (DIW) und die öffentlichkeitswirksamen Interventionen des Leiters Marcel Fratzscher zu nennen wie auch die Forschung am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln, wo die von Jens Beckert gegründete Forschungsgruppe „Vermögen und soziale Ungleichheit“ zu Reichtum und (Super-)Reichen forscht (<https://www.mpifg.de/events/30128/252654>).
- 6 Vgl. zum Beispiel den offenen Brief von 200 Wissenschaftler:innen „Für eine wirklich soziale Wohnungspolitik“ aus dem Jahr 2018, <https://zeitschrift-suburban.de/sys/index.php/suburban/article/view/411/585>.
- 7 Zudem zeigt die Explosion der Energiekosten derzeit mit aller Deutlichkeit, warum der ausschließliche Fokus auf das monetäre Haushaltseinkommen kein hinreichender Indikator für die soziale Lage eines Haushalts ist.
- 8 Diese Perspektive ist auch in der Sozialpolitik- und Wohlfahrtsstaatsforschung mit ihrer starken Orientierung auf die Transferleistungssysteme stets zweitrangig geblieben (vgl. als prominentes Beispiel Castel 2008; kritisch: van Dyk/Kip 2022).
- 9 Häufig wird in neoliberalismuskritischen Analysen auch hier eine pauschale Entstaatlichung und Staatsfeindschaft ausgemacht, die mit einer einfachen Binarität Markt/Staat bzw. privat/öffentlich operiert. Eine

solche Binarität wird den realen Verhältnissen jedoch nicht gerecht, da sie insbesondere die umfassende Ökonomisierung des öffentlichen Sektors und die (interne) betriebswirtschaftliche Re-Organisation öffentlicher Infrastrukturen nicht erfasst (z.B. Newman/Clarke 2009: 91f.).

- 10 Die Entwicklungen im Frühjahr 2022 zeigen mit dem „Sondervermögen Bundeswehr“ in Höhe von 100 Milliarden Euro allerdings auch: ‚wo ein Wille ist, ist ein Weg‘ – im ganz Alltagssprachlichen Sinne. Von einem ‚Sondervermögen Pflege‘, einem ‚Sondervermögen nachhaltige Mobilität‘ oder einem ‚Sondervermögen Bildung‘ war hingegen noch nie die Rede.

Literatur

- Allen, Danielle (2020): Politische Gleichheit. Berlin: Suhrkamp.
- Bach, Stefan (2021): Grunderbe und Vermögenssteuern können die Vermögensungleichheit verringern. In: DIW Wochenbericht 50/2021, 807–815.
- Bach, Stefan/Thiemann, Andreas (2016): Hohes Aufkommenspotential bei Wiedererhebung der Vermögensteuer. In: DIW Wochenbericht 4/2016, 79–89.
- Bauwens, Michel/Niaros, Vasilis (2017): Changing societies through urban commons transitions. Berlin: HBS.
- Bianchi, Iolanda (2020): Urban Commons. Between Collaborative Pact and Neoliberal Governmentality. In: Guido Borella/Maurizio Busacca (Hg.), Society and the City, Mimesis International, Sociology Nr. 13, 63–78.
- Brandt, Arno/Kremer, Uwe (2019): Infrastrukturökonomie und Vergesellschaftung – Schlüssel für einen modernen Sozialismus. In: Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, H. 235, 21–27.
- Braun, Bernhard/Welti, Felix (2019): Infrastruktur des Bildungs-, Sozial- und Gesundheitswesens: Eigentum, Verfügung und Steuerung. In: Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, H. 235, 40–48.
- Calafati, Luca/Froud, Julie/Haslam, Colin/Williams Karel (2021): Diversity in leading and lagging regions: living standards, residual income and regional policy. In: Cambridge Journal of Regions, Economy and Society 14 (1), 117–139.
- Castel, Robert (2008): Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit. Konstanz: UVK.
- Chamayou, Grégoire (2019): Die unregierbare Gesellschaft. Eine Genealogie des autoritären Liberalismus. Berlin: Suhrkamp.
- Cumbers, Andrew (2012): Reclaiming Public Ownership: Making Space for Economic Democracy. London/New York: Zed Books.
- van Dyk, Silke (2018): Post-wage Politics and the Rise of Community Capitalism. In: Work, Employment and Society 32 (3), 528–545.
- van Dyk, Silke/Haubner, Tine (2021): Community-Kapitalismus. Hamburg: Hamburger Edition.
- van Dyk, Silke/Kip, Markus (2022): Social Rights as Property? Thinking with and beyond Robert Castel. Vortrag anlässlich der Tagung „The Future of Social Rights: Social Property, Commons and the Foundational Economy“, 3.-4. März 2022, Friedrich-Schiller-Universität Jena, <https://sfb294-eigentum.de/de/podcast/>.
- Dörre, Klaus (2021): Land in Sicht! Nachhaltiger Infrastruktursozialismus als Ausweg aus der Zangenkrise. In: Kurswechsel 4/2021, 83–94.
- Eriksson, Erik (2018): Four features of cooptation. User involvement as sanctioned resistance. In: Årgang 3 (1), 7–17.
- Fessler, Pirmin/Schürz, Martin (2016): Zur Mitte in Österreich. In: Bundesministerium für Soziale Angelegenheiten, Sozialbericht 2016, 270–291.
- Foundational Economy Collective (2019): Die Ökonomie des Alltagslebens. Für eine neue Infrastrukturpolitik. Berlin: Suhrkamp.
- Gough, Ian (2019): Universal Basic Services: A Theoretical and Moral Framework. In: Political Quarterly 90 (3), 534–542.
- Harvey, David (2005): Der neue Imperialismus, Hamburg: VSA.
- Holm, Andrej/Lebuhn, Henrik/Neitzel, Kevin/Junker, Stephan (2017): Wohnverhältnisse in Deutschland – eine Analyse der sozialen Lage in 77 Großstädten. Forschungsbericht, Düsseldorf: HansBöcklerStiftung.
- Kohn, Margaret (2016): The Critique of Possessive Individualism: Solidarism and the City. In: Political Theory 44 (5), 603–628.
- Kovce, Philip/Priddat, Birger P. (2020): Bedingungsloses Grundeinkommen. Berlin: Suhrkamp.

- Kishimoto, Satoko/Steinfort, Lavinia/Petitjean, Olivier (2020): *The future is public: Towards democratic ownership of services*. Amsterdam/Paris: TNI.
- Lampert, Thomas/Hoebel, Jens/Kroll, Lars Eric (2019): Soziale Unterschiede in der Mortalität und Lebenserwartung in Deutschland. In: *Journal of Health Monitoring* 1/2019, 3–15.
- Lessenich, Stephan (2016): *Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis*. Berlin: Hanser.
- Mazzucato, Mariana (2019): *Wie kommt der Wert in die Welt? Von Schöpfern und Abschöpfern*. Frankfurt/New York: Campus.
- Mies, Maria (2009): Hausfrauisierung, Globalisierung, Subsistenzproduktion. In: Marcel van der Linden/Karl Heinz Roth (Hg.), *Über Marx hinaus*. Hamburg, 255–290.
- Newman, Janet/ Clarke, John (2009): *Publics, Politics and Power: Remaking the Public in Public Services*. London: Sage.
- Piketty, Thomas (2014): *Das Kapital im 21. Jahrhundert*. München: Beck.
- Piketty, Thomas (2020): Eigentum auf Zeit. Elemente eines partizipativen Sozialismus für das 21. Jahrhundert, Teil II. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 5/2020, 113–120.
- Prausmüller, Oliver (2021): Die COVID-19-Krise als Wendepunkt? Infrastrukturen zwischen globalisierter und außenwirtschaftlicher Protektion. In: *Kurswechsel* 4/2021, 69–82.
- Rosanvallon, Pierre (2013): *Gesellschaft der Gleichen*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Schäfer, Armin/Schoen, Harald (2013): Mehr Demokratie, aber nur für wenige? Der Zielkonflikt zwischen mehr Beteiligung und politischer Gleichheit. In: *Leviathan* 41 (1), 94–120.
- Schröder, Carsten/Bartels, Charlotte/Göbler, Konstantin/Grabka, Markus M./Kön, Johannes (2020): MillionärInnen unter dem Mikroskop: Datenlücke bei sehr hohen Vermögen geschlossen. In: *DIW Wochenbericht* 29/2020, 512–521.
- Schultheiß, Franz (2012): Im Dienste öffentlicher Güter. In: *Mittelweg* 36, H. 21, 9–21.
- Sonnevend, Pál (2008): *Eigentumsschutz und Sozialversicherung. Eine rechtsvergleichende Analyse anhand der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und des ungarischen Verfassungsgerichts*. Berlin et al.: Springer.
- Streeck, Wolfgang (2012): Auf den Ruinen der Alten Welt: Von der Demokratie zur Marktgesellschaft. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 57 (12), 61–72.
- Vermeulen, Philip (2018): How Fat is the Top Tail of the Wealth Distribution? In: *The Review of Income and Wealth* 64 (2), 357–387.
- Wagner, Thomas (2013): *Die Mitmachfalle. Bürgerbeteiligung als Herrschaftsinstrument*. Köln: PapyRossa.

